

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Verlagspreis: Amt Dresden Nr. 31307

Verlagspreis: Elbgaupresse Dresden

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Radeburg, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugrimma und Tolkwitz

Druck und Verlag: Elbgaupresseverlag und Verlagsanstalt Hermann Voigt & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 6.— ausschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 6.—, monatlich 2.10;
bei Abholung 5.— vierteljährlich 5.40, monatlich 1.80

Blasewitz
Sonntag, 24. Januar 1920.

Anzeigen-Preis: die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum
70 Pf., im Textzeile die Zeile 1.00 Mk., für An- und Verkäufe und
Bekanntmachungen 60 Pf., Tabellen- und schwereriger Satz 50% Zuschlag.
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

Prozess Erzberger-Helfferich.

Zu Beginn der heutigen Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß August Thibben wegen Krankheit wahrscheinlich drei Monate am Erscheinen verhindert sei. Da beide Parteien auf ihn als Zeuge nicht verzichten wollen, soll Thibben in der nächsten Woche von einem Richter vernommen werden. Ferner ist ein Direktor Beyer von den Serumwerken nicht aufzufinden. Es ist möglich, daß damit Direktor Beyer von den Serumwerken in Dresden gemeint ist. Diese Angelegenheit bleibt einzuweisen angehängt, doch soll Direktor Beyer-Dresden geladen werden.

Staatssekretär Helfferich wird zunächst zu dem Fall Thibben vernommen. Er bittet, da es sich um absolute Geheimnisse handelt, ein Manuskript benutzen zu dürfen, und schildert zunächst die Geschichte seiner Angriffe in der Kreuzzeitung, die immer durch Gegenangriffe in der Deutschen Allgemeinen Zeitung hervorgerufen wurden. Erzberger habe sich in diesen Artikeln „von besonderer Seite“ verraten und sei in seinen Einseitigkeiten weiter gegangen als der Angeklagte in seinen Angriffen. Ich habe damals, so sagt Helfferich, die Zeit noch gar nicht für gekommen erachtet, die sehr verwinkelten Beziehungen Erzbergers zu den Däumlern Thibben und Habsburg aufzudecken. Jedenfalls ist Erzberger in einer der früheren Perioden des Krieges als Anexionist weiter gegangen als alle anderen, indem er für Deutschland die der Normandie voratlantischen englischen Inseln verlangte, die Erzberger befehligen. Er mußte wissen, daß Thibben in der Normandie große Erträge hat. Der Angeklagte (Weißig) sagt dem Fall Thibben in zwei Gebieten, in die Stellung Erzbergers zum Anexionismus, insbesondere zur Angliederung des Rheinlandes an Deutschland, und in die Beziehungen Erzbergers zu den Konzernen Thibben in anderen Fragen. Der ursprüngliche Anexionismus Erzbergers habe einen geradezu weltberührenden Appetit gehabt. Wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges war das Anexionenprogramm Erzbergers vollständig ausgearbeitet. Von diesem Programm sei Erzberger nach dem Thronwechsel in Wien abgekommen und die Familie Bourbon-Parma sei ein verhängnisvoller Einfluß gelangt. Erzberger wollte gleichzeitig auf zwei Pferden reiten, auf dem alten Thronpferde und auf dem neuen Parmapferde. Er glaubte sogar, sehr lange dieses Schachmatt machen zu können, bis er endlich von dem einen Pferde, nämlich dem Thronpferde abgeworfen wurde. In der Reichstags Sitzung vom 27. Februar 1918... (Vorsitzender unterbrechend): Gebt das nicht zu weit? Es kommt doch darauf an, wie weit Erzbergers Anxionspolitik durch petulante Vorteile beeinflusst war. Helfferich: In der oben genannten Reichstags-Sitzung erklärte Erzberger, daß wir den Frieden von Brest-Litovsk begrüßen könnten, da er im Rahmen der Beschlüsse abgeschlossen ist. Als darauf alles laute, erklärte Erzberger: „Lachen ist leicht! Kommen!“ Als Thibben sich von Erzberger trennte, wurde Erzberger plötzlich der größte Gegner der Anexion. Beharrten wird von der Gewissheit, daß Herr Erzberger sich auch für die Übertragung des Eigentums an Thibben noch während des Krieges einsetzte habe. Hierzu habe ich folgende auszusagen: Unmittelbar nachdem ich das Reichsamt des Innern übernommen hatte — ich habe das Amt am 1. Juni angetreten — trug mir mein Unterstaatssekretär Richter vor, Thibben habe einen Antrag auf Übertragung der Brien-Gruben gestellt; Herr Erzberger bedränge ihn in dieser Sache in einer sehr unangenehmen Weise, er wisse sich vor ihm gar nicht mehr zu retten. Ich bat ihn, er möge Erzberger das nächste Mal zu mir schicken. Bald darauf kam Herr Erzberger zu mir, entwickelte die Thibbenschen Wünsche und wies auch darauf hin, daß Thibben mit der Aufgabe seiner normannischen Ergruben ernstlich rechnen müsse. Ich erwiderte, daß ich mich bei aller Würdigung der Gründe nicht zu einer Eigentumsübertragung entschließen könne, 1. aus Gründen des Völkerrichts, das ich nicht durch die Liquidation französischen Eigentums auf französischem Boden verletzen wollte, 2. weil selbst im Falle eines dauernden Erwerbs der Brien-Gebiete die Verwertung der Gruben nur in einer Weise geschehen könne, die den Interessen der gesamten deutschen Eisenindustrie Rechnung tragen, und 3. weil die Gruben wertvolle Hauptpfländer wären, welche außer im Interesse der geschädigten Auslandsdeutschen verwendet werden könnten.

Ich fährt fort: Hierher gehörte auch das höchst eigenartige Verhalten Herrn Erzbergers in Sachen der Ausfuhrabgaben für Eisen und Kohlen. Im Frühjahr 1911, kurz vor seinem Übergang vom Schabamt in das Reichsamt des Innern, hatte ich einen Wesentwurf vorbereitet, und für ihn bereits die Unterschrift des Kaisers erlangt, der den Reichskanzler ermächtigen sollte, bei der Erteilung der Genehmigung zur Ausfuhr bestimmter Waren, darunter Eisen und Kohlen, Abgaben zu erheben, um auf diese Weise den Unterschied zwischen Inland- und Auslandspreisen auszugleichen. Das war nur zu erreichen durch ein verhältnismäßig hohes Verhalten der Parteien. Zu den führenden Abgeordneten, die dieses Verständnis nicht hatten, gehörte Herr Erzberger. Mittels des Thibbenschen Ausschusses. Nachdem er aber aus dem Thibben-Konzern ausgetreten war, brachte er einen Antrag ein, nicht nur für die Zukunft solche Abgaben zu erheben, sondern auch nachträglich die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis, die er auf 64 Millionen berechnete, von der Industrie einzuzahlen. Mein Einbruch über die Bemühungen des Herrn Erzberger bei und zu dieser Frage war, daß sich Erzberger damals auf die Überzeugung verließ, daß ich in der Eigentumsfrage unter allen Umständen

an meinem ablehnenden Standpunkt festhalten werde. In gleicher Weise wie für die Eigentumsübertragung ist Herr Erzberger bei mir und meinem Amt für die Liquidation des deutsch-österreichischen Erbes der Wendel eingetreten. Auch hier vertrat er die spezifisch Thibbenschen Wünsche, die dahin gingen, daß bei der Liquidation Thibbens vorzugsweise berücksichtigt werden möchte. Ich mußte auch hier Herrn Erzberger abschlägig bescheiden. Ich mußte auch hier Herrn Erzberger über die moralischen Qualitäten zu verurteilen, so war es kein Verbalten in dieser Angelegenheit. Solange er zu den weniger glücklichen gehörte, trägt er dazu bei, die von der Regierung geplanten Ausfuhrabgaben nicht zustande kommen zu lassen, kann gehrt er nicht mehr dazu, da ruft er: „Haltet den Dieb!“ Herr Erzberger hat Glück gehabt, daß ich, als er diesen unanständigen Vorstoß machte, nicht mehr der Regierung angehörte. Ich hätte, weder ihm, noch dem Reichstag meine Meinung vorzulegen. Ich hätte vielleicht den einen drakonischen Verstoß gebraucht: Solange er mit am Tische sitzt, ist er verurteilt, dann aber — doch ich will das lieber nicht sagen. Ich habe damit wohl hinreichend deutlich gemacht, was ich gemeint habe mit dem Vorwurf, daß die Haltung des Abgeordneten Erzberger zu den Fragen der Kriegspolitik und Kriegswirtschaft eine andere war während und nach seiner Zugehörigkeit zum Thibben-Konzern.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Friedländer, wie er zu der Behauptung komme, daß Erzberger schon im September 1914 als Thibbenscher Ausschusssmitglied fungiert habe, antwortet Helfferich: Es tut mir leid, daß Herr Thibben heute nicht hier ist. Ich kann mich wohl über den Tag des Eintritts Erzbergers in den Konzern geirrt haben. An den Details ändert das nichts. Mir scheint wohl etwas anderes vor. Ich hatte damals ein Angebot an das Kriegsministerium, das sehr wichtig war, zusammen mit Herrn Thibben bearbeitet. Da ich beim Kriegsministerium einige Schwierigkeiten hatte, gab mir Herr Thibben mit folgenden Worten einen guten Rat: „Wenn Sie beim Kriegsministerium Schwierigkeiten haben, dann wenden Sie sich nur an den Abgeordneten Erzberger.“ Ich habe gute Erfahrungen mit ihm gemacht. Ich möchte jedenfalls in Worte stellen, was zwischen Herrn Thibben und Herrn Erzberger eine rein platonische Freundschaft bestanden hat. Ich möchte auch noch hervorheben, daß die Art und Weise, wie Herr Erzberger sich in seiner Doppelseitigkeit als Abgeordneter und Ausschusssmitglied meinen Beamten gegenüber verhalten hat, mein härtestes Mißtrauen erregte. Es ist mir noch bei keinem anderen Abgeordneten so etwas vorgekommen.

Finanzminister Erzberger wird nunmehr als Zeuge vernommen. Er fährt folgendes aus: Ich kenne Herrn August Thibben seit ungefähr 12 bis 13 Jahren — wo ich ihn kennen gelernt habe, weiß ich nicht mehr — er kam wiederholt in den Reichstag, suchte mich auf und sprach über allgemeine volkswirtschaftliche Dinge. Er vertrat den Standpunkt, daß im Parlament für die Interessen der Landwirtschaft, für die Arbeiterinteressen genügend Vertretung vorhanden sei, nicht aber auch für die Interessen der Industrie, und er bat mich darum, mir hin und wieder Wünsche der Industrie mitteilen zu dürfen. Ich war damit einverstanden, und Thibben gab mir im Laufe der Jahre sehr viel, im Interesse der Volkswirtschaft wichtiges Material mit der Bitte, für die Eisenindustrie einzutreten. Diese Beziehungen wurden im Laufe der Jahre nur freundschaftlicher. Irrendwieweile petulante Beziehungen habe ich im Laufe der ganzen Jahre zu Thibben nicht gehabt! Nicht einmal ein Geschenk oder sonst etwas ähnliches ist mir angeboten worden. Solche Beziehungen hatte ich auch mit anderen ganzen Reihe anderer Unternehmungen. Ich erinnere mich an die Augsburger Maschinenfabrik; der Kommerzienrat Dugensheim kam zu mir und machte mich darauf aufmerksam, daß die Verbreitung des Dieselmotors sehr im Interesse der Kleinindustrie läge. Berliner Vordirektoren sind zu mir gekommen und haben Wünsche geäußert, die auf allgemeines volkswirtschaftliches Interesse hinausgingen. In meiner langen parlamentarischen Tätigkeit habe ich wiederholt derartige Wünsche einzelner Gruppen zur Sprache gebracht.

Vorsitzender: Ohne irgend etwas davon zu haben?
— Neuge Erzberger: Jawohl, ohne jeden materiellen Vorteil. Die Vertreter der einzelnen Gruppen kamen deshalb zu mir, gerade weil ich jahrelang der einzige Vertreter des Zentrums war, der in Berlin wohnte. Thibben nahm absolut keine Ausnahmestellung ein, er war lediglich einer der vielen Leute, die zu mir kamen. Im Jahre 1913 schrieb mir Thibben einen Brief, er habe sich die Sache anders überlegt, habe die Sache im Kreis seiner Familie reiflich durchgesprochen und sei zu dem Entschluß gekommen, mich in den Ausschuss der Reichstags drei größten Unternehmungen, Deutscher Kaiser, Stahlwerk Thibben A.-G. und Aktiengesellschaft für Düttentrieb, zu nehmen. Er bittet mich, den bekannten Familienkreis einer Verhandlung entgegenzuführen und ferner sein Testamentvollstreckung zu sein, da er eine große Anzahl Legate hinterlassen habe, usw. Thibben kam dann nach Berlin, wiederholte seine Wünsche, ich würde ihm einen großen Gefallen tun usw., so daß ich darin einen Beweis für das große Vertrauen erblicken mußte, das er mir schenkte. Ich kam zu der Überzeugung, daß keinerlei moralische oder sonstige Bedenken vorliegen, als Abgeordneter den Voten eines Ausschusses anzunehmen, da ich auf diese Weise aus besser in die internen Dinge der Eisenindustrie, der wichtigsten Industrie Deutschlands, Einblick erhalten konnte. Ich habe auch selbstverständlich den Eintritt in den Ausschuss absolut nicht geheim gehalten. Ich kann hier unter meinem Eide erklären, daß mir die Firma Thibben nie eine einzige Empfehlung ge-

macht hat, die nicht das allgemeine Interesse, sondern ihr eigenes geschäftliches Interesse betraf. Es sollte mir niemand nachsagen können, daß ich meine politische Stellung irgendwo zu persönlich-materiellen Dingen ausnütze; ich habe deshalb auch die Beteiligung an den Dividenden usw. abgelehnt.
Vorsitzender: Sie wollten, wie Sie einmal erklärt haben, keine Dative, sondern einen festen Satz?

Neuge Erzberger: Jawohl. Thibben entsand auch meinen Wünschen und bot mir einen festen Jahresbetrag von 10000 Mk. an. Es ist dann auch nie wieder von der finanziellen Frage die Rede gewesen. Ueber mich sind die tollsten Gerüchte im Umlauf, es wird von hohen Beträgen gesprochen, die ich in Trier erhalten haben sollte. Dies ist zum Teil richtig, jene Beträge sind mir von anderer Seite für religiöse Zwecke zur Verfügung gestellt worden. Ich persönlich habe davon nicht das geringste für mich verwendet. Ich war u. a. Berichtshalter des Militärats. Nachdem ich den Ausschusssposten angenommen hatte, legte ich sofort dieses Amt nieder, damit niemand auf den Gedanken einer Verbindung der Firma Thibben mit Heereslieferungen kommen könnte. Was ich nachdem zugunsten der Firma Thibben getan habe, habe ich lediglich im Rahmen des allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesses getan. Das ich getan habe, kann ich in jeder Beziehung verantworten. Es war zu jener Zeit einem deutschen Volkswirtschaftler unmöglich, an den Kaiser heranzukommen und ein deutsches Wort zu reden. Ich war der Ansicht, und mit mir viele andere, daß Dr. Helfferich durch seine Art und Weise, wie er den Kaiser informierte, ein Unglück für das deutsche Volk darstellte. Als ich endlich mit dem Kaiser sprechen konnte, war ich überrascht, welche Aufstellungen er hatte. Der Kaiser sagte u. a. zu mir: „Das haben Sie sehr gut gemacht mit der Resolution über den Ausgleich! Die Franzosen geben uns Minere, die Engländer Öl und Baumwolle und das werden wir dann alles in unsere Tasche und das ist doch ein sehr guter Ausgleich!“ Ich kann nur sagen, unser monarchisches Gefühl bekam an jenem Tage eine solche Erschütterung, wie nie zuvor. Man könnte ja in Deutschland überhaupt nicht regieren, wenn der Kaiser über entscheidende Willensäußerungen deutscher Volkswirtschaftler zu irreführt wurde, wie in dem vorliegenden Falle. Es war auch Herr August Thibben, der nach Luxemburg ins Hauptquartier fuhr und dort offen erklärte, Deutschland müsse den Krieg verlieren, wenn es keine Erbefolge. Alle Länder hatten ihre Produktionsmittel, die deutsche war gefunten und die Front schrie nach Material. Das war der Grund, weshalb ich für die Liquidation der Ergruben im Kriegsgebiet und Ausnutzung im deutschen Interesse eintrat. Man sollte mir nicht, sondern bezog auch Schweden Erde und die deutsche Industrie kam in Abhängigkeit. Es trat eine Verklüftung ein und diese Suppe kann ich als Finanzminister heute ausgeben. Vertreter der Industrie kommen noch heute zu mir, und erklären, das Reich habe sie damals gezwungen, Erze aus Schweden zu beziehen und unferne Depots anzulegen. Bei dem jetzigen Stande der Balance handelt es sich um riesige Schuldsummen, die ich lieber nicht nennen will. Außerdem hat der Feind, zum Beispiel Frankreich, deutsche Firmen, wie Knott, von Thibben liquidieren lassen. Als Gegenmaßregel wollte ich für die Liquidierung der französischen Ergruben eintreten. Später hat man dies sogar übertrieben und aus Eliaß jeden Morgen Sand liquidiert. Die Polenpolitik wurde angewendet mit dem Erfolge, daß die Feindschaft gegen die Deutschen immer größer wurde.

Rechtsanwalt Alsbeger: Die Forderung des Erzbergers von Brien bildete doch ein starkes Friedenshindernis. Haben Sie sie der Öffentlichkeit erklärt, daß man Brien und Longau nur auf dem Wege des Ausgleichs erwerben wollte? Die Friedensmöglichkeit wurde doch durch eine solche Forderung labotiert. Haben Sie dagegen Protest erhoben?

Erzberger: Der Friede ist durch Bethmann Hollweg abottert worden. — Rechtsanwalt Alsbeger: Ich wollte damit nur feststellen, daß Sie nicht öffentlich gegen den Anexionismus aufgetreten sind. In es nicht richtig, daß, als man von Ihnen verlangte, Brien müßte von Deutschland behalten werden, Sie darauf erwiderten, eine solche Erwerbuna sei im Rahmen Ihrer Friedensresolution möglich? Haben Sie dritten Personen erklärt, daß diese Anexion mit der Friedensresolution vereinbar sei? — Erzberger: Ich kann mich heute nicht auf jede Unterredung mehr beschränken. Es mag auch sein, daß Leute kamen, denen ich nicht jenen an anderer Stelle getanen Redesatz mitgeteilt habe. Als Politiker habe ich das nicht nötig (Bewegung). Traurig der Staatsmann, der seine letzte Karte auszubeden gezwungen ist! — Rechtsanwalt Alsbeger: Als der Kaiser im Zusammenhang mit der Friedensresolution von dem Ausgleich sprach, hätten Sie doch Helfferich fragen müssen, warum er den Kaiser so falsch informiert habe. — Erzberger: Das habe ich nicht getan. Aber meine Freunde und ich sprachen unser Bestreben darüber aus. — Rechtsanwalt Alsbeger: Haben Sie nicht den Reichskanzler über dieses Angebot interpelliert? — Erzberger: Dazu lag kein Grund vor. — Oberstaatsanwalt Krause: Herr Neuge! Sie waren also von vornherein der Ansicht, daß nur eine Inbetriebnahme, nicht aber eine Übertragung in Betracht komme? — Erzberger: Jawohl, ich konnte ja auch gar keine andere Ansicht haben. — Angeklagter: Ich habe dem Reichsamt des Innern, nämlich von mir, aber so verhandelt worden ist, und deswegen abgezwungen worden ist? Ich selbst habe bei allen Abhandlungsverträgen Geheimklausein einlegen lassen, daß die Unter-

von den Interessenten zurückgewiesen werden müssen. Deswegen bin ich auch zu dieser Auffassung gekommen. Aber auch das Verhalten des Unterstaatssekretärs Richter hat mir dazu Anlass gegeben. Er ist nämlich zu mir mit den Worten gekommen: „Sehen Sie doch einmal hier, was Erberger von uns verlangt. Das können wir doch unmöglich machen. Ich habe damals Richter gefragt, er möge Erberger zu mir schicken.“ — Erberger: Ich erkläre unter Eid das Bestimmte, daß ich nie vom Herrn Staatssekretär Helfferich Uebereignung der Gruben verlangt habe. Deshalb hat der Angeklagte angeführt, daß die schwere des Vorwurfs, den er mir macht, nie dem Reichsanwalt davon Mitteilung gemacht? Warum hat er ihm gegenüber nie darauf hingewiesen? — Angeklagter: Ich lese Wert darauf zu antworten. Ich habe dem Herrn Reichsanwalt mehrmals davon Mitteilung gemacht. — Vorsitzender: Wir können doch nun nicht den Reichsanwalt auch noch als Zeuge laden. Wir haben doch hier nicht festzustellen, ob Herr Erberger ein guter oder ein schlechter Politiker war. Wir müssen lediglich uns an die Sache halten.

Aus der weiteren Vernehmung des Zeugen geht hervor, daß er aus dem Aufsichtsrat der Firma Thyssen Mitte September 1917 ausgeschieden ist. Im Januar hat er dann seine Bezüge erhalten. Erberger hat also in 2 1/2 Jahren seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied 100 000 M. bezogen. Er ist ausgeschieden, weil seine politische Haltung mit der des Herrn Thyssen in hartem Widerspruch gestanden hat, so daß ein längerer Zusammenarbeiten im Konzern nicht mehr möglich gewesen ist.

Vorsitzender: Wann ist die Wandlung in Ihren Anschauungen eingetreten? — Erberger: Es begann schon mit dem U-Bootskrieg. Mein Austritt ist dann aber erst nach der Friedensresolution erfolgt. Er ging von mir selbst aus. Es entspann sich nun ein lebhafter Streit zwischen dem Angeklagten und dem Zeugen darüber, ob der Anlaß zu Erbergers Ausscheiden nicht davon ausging, daß Thyssen nicht der Ansicht war, daß die Verhängung der Annexion von Kongow-Brien dieser Friedensresolution nicht im Wege stand. Immer wieder legt Staatssekretär Helfferich Wert auf die Behauptung, daß Herr Erberger gerade deswegen aus dem Konzern ausgestiegen ist, weil nach Ansicht Thyssens sich diese beiden Punkte nicht vertragen konnten.

Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß Erberger von Thyssen also gewissermaßen den Rat zum Austritt erhalten habe. Nach lebhafter wird die Kontroverse bei der Frage der Auszubildeten. Auf Vorhalten des Rechtsanwalts Dr. Alberg muß Erberger schließlich zugeben, daß möglicherweise Ministerialdirektor Müller bei der Besprechung der geplanten Abgabenvorlage mit ihm den gedruckten Gesetzentwurf in der Hand gehalten habe. — Helfferich: Den Herrn Zeugen scheint sein Gedächtnis hart im Stich zu lassen. Ich weiß positiv, daß der Gesetzentwurf bereits gedruckt war und daß ihn mein Beamter zu dieser Besprechung bekommen hatte. Der Widerstand des Herrn Erbergers war so stark, daß ich schweren Herzens die Vorlage, obwohl sie bereits die Unterschrift Sr. Majestät trug, zurückzugeben habe, um und nicht der Gefahr auszuweichen, uns vor dem Auslande zu kompromittieren. (Mit erhobener Stimme fährt Helfferich fort): Herr Erberger, ich frage Sie, hätten Sie jene Vorwürfe im Reichstag später auch dann noch erhoben, wenn Sie noch Thyssenscher Aufsichtsrat gewesen wären? — Erberger: Das weitere werden ja die Zeugenaussagen ergeben. Im übrigen sei immer darauf hingewiesen worden, daß solche Abgaben erwünscht seien. — Vorsitzender: Ist dieser Hinweis auch zu der Zeit schon erfolgt, als Sie noch im Aufsichtsrat waren? — Erberger: Ja wohl! — Helfferich (springt auf): Auch von Ihnen, Herr Erberger? — Erberger: Das weiß ich nicht. — Helfferich: Herr Erberger, ich möchte Sie nur fragen, ob Sie im Reichstag auch für die Auszubildeten gesprochen hätten, wenn Sie noch im Aufsichtsrat geblieben wären. — Da Erberger nicht sofort antwortet, erklärt Helfferich: Ich will den Herrn Zeugen nicht in Verlegenheit bringen. Ich verzichte auf die Antwort. Erberger antwortet hierauf nicht. Die Verhandlung wird auf Sonnabend früh vertagt.

Sächsische Volkshammer.

83. Sitzung vom 22. Januar 1920.

Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung nachmittags 1 Uhr.

Abg. Hartmann (Dem.) berichtet zuerst namens des Wechsungsanstandes über die Vorlage, betreffend die Verlängerung der Gültigkeit der Verordnung über Genehmigung zur Errichtung von Gemeinde- und Schulparzellen. Er beantragt, den Gesetzentwurf unverändert nach der Vorlage anzunehmen, und die gegebenen Anregungen der Regierung als Material für einen Entwurf eines Sparkassengesetzes zu überweisen. Antragsgemäß wurde beschlossen.

Abg. Zwahr (Soz.) berichtet und beantragt weiter, eine Petition des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Berlin um Anstellung von Arbeitervertretern an der Textilbranche als staatliche Revisoren bei den Gewerbeinspektionen der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Dresse (Unabh.) bespricht verschiedene Wünsche im Gewerbeaufsichtswesen und meint, daß das große Brandunglück in Plauen nicht geschehen wäre, wenn damals bereits Revisoren aus dem Arbeiterhande ihres Amtes gewaltet hätten.

Abg. Dr. Wagner (Deutschnat.) äußert Bedenken gegen die Wünsche der Petenten. Man darf nicht einem einzelnen Verband besondere Vorrechte gewähren. Sonst könnten andere Verbände mit gleichen Ansprüchen an die Regierung herantreten. Außerdem würden in Zukunft auch die Betriebsräte als Kontrollorgane in den Betrieben tätig sein.

Arbeitsminister Heldt: Das gesamte Arbeitsrecht ist in einer Umwandlung begriffen und wir wissen nicht, was dabei für die Gewerbeinspektionen übrig bleibt. Auch heute sind Arbeitervertreter als Hilfsbeamte bei den Gewerbeinspektionen tätig. Der Minister wendet sich dann gegen den Abg. Dresse, der sachliche Bescheide zu persönlichen Angriffen gegen seine Person benutze. Seine Behauptungen widersprechen aber den Tatsachen. Aus allen Berufsständen unmaßlich Vertreter in die Gewerbeinspektionen entsandt und dort angestellt zu werden. Der Abgeordnete Dresse habe hier im Hause den Betriebsräten keinen zuten Dienst erwiesen. Denn er habe vor wenigen Tagen hier mit Material operiert, welches der betreffenden Firma abgehoben worden sei.

Abg. Gruppe (Soz.): Tatsache sei, daß die Arbeiterchaft den Gewerbeinspektoren mit einem gewissen Mißtrauen überhäufte. Offenlich werde das Zusammenarbeiten zwischen Betriebsräten und Gewerbeinspektionen in Zukunft besser werden als es jetzt zwischen Gewerkschaften und Gewerbeinspektionen ist.

Abg. Berndt (Dem.) spricht ebenfalls für die Forderung der Petenten und wendet sich nur gegen eine Bevorzugung der Textilarbeiter. Er stellt einen Erweiterungsentwurf.

Abg. Dresse (Unabh.): Da der Fall Daad dem Herrn Arbeitsminister Beschwerden verursacht, so mühten wir das Material vorlesen.

Arbeitsminister Heldt stellt fest, daß der Abgeordnete Dresse schon wiederholt in früheren Fällen um Vorläufe seines Materials ersucht worden sei. Er habe aber stets versagt, und es wäre wirklich angezeigt, wenn die Unabhängigen auf den Abgeordneten Dresse einwirkten, daß er sich den parlamentarischen Gepflogenheiten anpaßt.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Arbeitsminister Heldt und dem Abgeordneten Dresse, wobei Präsident Frähdorf einige Zwischenrufe von der linken Seite ausrichtete, wird der Antrag Berndt angenommen, damit erledigt sich der Auszubildetenantrag.

Frau Abg. Salinger (Dem.) begründet dann ihre Interpellation: „Mit der Regierung bereit, das Wohlfahrtsplegegesetz vom 30. Mai 1918 zweckentsprechend auszubauen und ersahene Frauen an verantwortliche und leitende Stellen im Interesse der Frauen- und Kinderfürsorge zu berufen.“

Minister des Innern Ullig: Die Wohlfahrtsplege ist ein Gegenstand, dem ich meine volle Fürsorge widme. Die Folgen des Krieges haben die Notwendigkeit eines Wohlfahrtsplegegesetzes dargelegt. Aber wenn auch selbstverständlich der Staat während in dieser Frage vorgehen muß, so soll der Aufbau doch von unten aus durch die Plegebezirke geschehen. Das der Landesauschuss für Wohlfahrtsplege bisher noch nicht in Tätigkeit getreten ist, laa an den Bezirken, die sich über ihre Zusammenfassung erst schlüssig werden mühten. Der Landesauschuss soll aber im Februar zusammenberufen werden. Die tätige Mitwirkung der Frauen ist im Gesetz bereits durch Ausbildung und Anstellung von Bezirksplegerinnen vorgesehen. Auch soll eine Beamtin für Säuglingsplege in das Landesgesundheitsamt berufen werden, ebenso wie der Landesgewerkschaftsverband. Die Wohlfahrtsplege sollen zusammenhängen. Damit verbindet sich dann der Mutter- und Säuglingsplege. Dieser wird besondere Sorgfalt zuzuwenden sein, damit unsere Volkskraft wieder zu einem Aufschwung kommt. Wollen wir den schädlichen Wirkungen des Krieges den Boden abgraben, so müssen wir die Wohlfahrtsplege in den Vordergrund aller unserer Aufgaben stellen. Die tätige Plege im besonderen ist ein Gesehenssache. Sie muß in jedem Bezirk streng gewahrt. Sie muß in sanitären, humanitären, kulturellen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt und geregelt werden. Wenn alle beteiligten Faktoren in aufröhrer Tätigkeit ihres Amtes walten, dann werden auch die Kräfte mobil gemacht, die den Aufschwung unseres Volkes sicherstellen. Ein besonderes Wohlfahrtsministerium sei unmöglich, aber die vierte Abteilung im Ministerium des Innern ist eigentlich die gewünschte Zentralstelle.

Die Petition findet antragsgemäß Erledigung. Nächste Sitzung Freitag, vormittags 10 Uhr.

Politische Nachrichten.

Die Kontrolle der Alliierten über Deutschland beginnt. General Sir Bingham, der Vorsitzende der alliierten Unterkommission für die Kontrolle der deutschen Abrüstung in Danzig, Bewaffnung und Kriegsgerät nach Artikel 163 bis 172 des Friedensvertrages hat nunmehr sein Arbeitsprogramm schlagend. Die Kommission wird über das ganze Reich zerstreute Unterabteilungen einrichten, und zwar in Dresden, München, Stuttgart, Münster, Köln, Hannover, Stettin, Breslau und Königsberg. General Bingham hat das ganze Arbeitsgebiet in vier britische, vier französische, zwei italienische und einen belgischen Bezirk eingeteilt. In jedem britischen Kontrollbezirk liegen Danzig und Grotzow in der Hand eines britischen Offiziers unter Führung alliierter Vertreter. Auch sonst wird der Charakter alliierter Kontrolle in jedem Bezirk streng gewahrt. Den Bezirkskommissionen liegt nun die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der Rüstungsfabriken und des Kriegsgerätes ob. Die deutschen Behörden werden ersucht werden, die Bestände an Kriegsgerät festzustellen. Es sind weiter von deutscher Seite genaue Angaben über die Beschaffung und Ausrichtung aller beschlossenen Anlagen sowie über die Verhältnisse zur Erzeugung von Waffen und ihre Arbeitsmethoden zu liefern. In diesen gewissermaßen zusammenfassenden Rubriken sind Verzeichnisse und Fragebogen aufzustellen. So wird die Kommission genaue Einzelheiten verlangen über die Beschaffenheit und Herstellungsort aller Sprengstoffe. Sie wird eine detaillierte Beschreibung des gesamten Herstellungsprojektes einschließlich der dabei zur Anwendung gelangenden Maschinen und Apparate einfordern. Sie wird endlich um eine Liste aller wichtigen Substanzen oder anderer chemischer Präparate, die von Deutschland im Laufe des Krieges gebraucht wurden, ersuchen. Alle deutschen chemischen Werke sollen zur vollen Auskunftserteilung angehalten sein.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Die Verhandlungen zwischen dem bevollmächtigten Kommissionen der deutschen und niederländischen Regierung haben zu einer Uebereinkunft über einen den beiderseitigen Regierungen vorzulegenden Vertragsabschluss geführt. Danach erhält Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden auf 10 Jahre und verpflichtet sich, zur weiteren Vierung der im vorläufigen Jahre vereinbarten Kohlenmengen auf einer vereinbarten Weltmarktpreisbasis sowie zu einer Regelung der in holländischem Besitz befindlichen Kohlenfelder an der deutschen Grenze, in der Weise, daß sie den weiteren Abbau dieser Felder im beiderseitigen Interesse ermöglicht. Der Kredit soll in Höhe von 60 Millionen Gulden zum Ankauf von Lebensmitteln in Holland, in Höhe von 140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen im beliebigen Lande Verwendung finden.

Ein Vertreter der holländischen Regierung beim Kaiser. Haag, 22. Januar. Die Prelinformation berichtet aus Amsterdam: Ein Vertreter der holländischen Regierung ist am Montag in Amsterdam eingetroffen und hat dem ebenfalls Deutschen Kaiser persönlich einen Abzug der an die holländische Regierung gelangenden Alliertennote wegen der Auslieferung überreicht. Der holländische Delegierte erklärte, daß die Entschliegung der holländischen Regierung in wenigen Tagen erfolge und der Kaiser hierauf sofort in Kenntnis gesetzt werde.

Holland will bei den Neutralen gegen die Auslieferung des Kaiser protestieren. Stockholm, 20. Januar. „Svenska Dagbladet“ erzählt, daß die holländische Regierung an alle übrigen neutralen Staaten einen Appell richten werde, um einen allgemeinen Protest gegen die Auslieferungsforderung und die erzwungene Verletzung der international anerkannten Rechte zu veranlassen. Solcher Schritt, bei dem wohl auch Schweden zur Teilnahme aufgefordert werden wird, erscheint wohl überlegt und könnte vielleicht die Einleitung zu gemeinsamen Vorgehen der neutralen Mächte auch in anderen Fragen werden.

England kann keine Truppen für die Abstimmungsgebiete stellen. Paris, 22. Januar. England hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Truppen für die Abstimmungsgebiete Schlesien, Schleswig, Allenstein usw. zu stellen. Es wird berichtet, daß Italien den gleichen Schritt getan hat. Di. Kusaabe, den Poliseidich in den Abstimmungsgebieten zu versehen, wird auf Frankreich allein verfallen. Wie verlautet, war England um die Stellung von 25 Bataillonen ersucht worden. — Diese plöglch-

Abgabe Englands hat, wie wir an anderer Stelle berichtet, keine Grund in dem drohenden Vordringen der Bolschewisten im Orient. England hat die für Deutschland bestimmten 25 Bataillone im letzten Augenblick nach dem Schwarzen Meer eingeschifft und wird sie im Kaukasusgebiet dazu verwenden, den Bolschewisten den Weg nach Persien und Indien zu verlegen und gleichzeitig das wertvolle Petroleumgebiet von Baku zu besetzen. Die Abstimmungsgebiete kommen dadurch in die Gefahr, ganz dem französischen Einfluß ausgeliefert zu werden, und was das für das Deutschland bedeuten würde, braucht nicht erst besonders gesagt zu werden.

Die Unabhängigen wehren sich gegen die Anhebung ihrer Preise. Halle, 21. Januar. Eine hart besuchte Versammlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes nahm Stellung zu dem Verbot des unabhängigen „Vollblattes“ und der damit verbundenen wirtschaftlichen Schädigung der Arbeiterschaft. Nach vierstündiger erregter Aussprache wurde eine Entschliegung angenommen, in der schärfster Protest gegen die planmäßigen Verbote unabhängiger Zeitungen erhoben wurde. Es wurde die sofortige Aufhebung der Verbote gefordert. Die Versammlung beschloß mit Mehrheit, auch die bürgerlichen Zeitungen sofort stillzuliegen, doch will man erst die Entscheidungen der Berliner und Leipziger Versammlungen, die ebenfalls heute hierüber beschließen, abwarten und sich mit den dort gefassten Beschlüssen solidarisch erklären. Die Mitglieder gab die Erklärung ab, daß sie dem Beschluß sich nicht fügen werde, sondern daß darüber eine geheime Buchdrucker-Versammlung entscheiden solle, da die Hilfsarbeiter in der Versammlung die Drahtzieher der ganzen Bewegung waren.

Die weiter gemeldet wird, sind heute auch noch die „Meißner Arbeiterzeitung“ und das in Eisenach erscheinende „Wassfelder Volksblatt“, beides unabhängige Organe, verboten worden. Hiesher sollen etwa 25 unabhängige Zeitungen verboten worden sein.

Unabhängige Ausgebungen in Halle. Halle, 21. Januar. Die Unabhängigen veranstalteten Mittwoch abend eine Protestversammlung gegen das Urteil im Fernhand-Prozess. Ferner nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes in einer Versammlung Stellung zum Verbot des „Vollblattes“. Die Unabhängigen bezwecken, die Buchdrucker in einen politischen Streik zu ziehen, was diese aber ablehnen dürften.

Schließung aller Gasthäuser in Baden. Karlsruhe, 22. Januar. Die badischen Gastwirte haben gestern in einer Versammlung in Karlsruhe einstimmig beschlossen, am 15. Februar alle Hotels, Sanatorien, Bäder, Kaffeehäuser und Kaffeehäuser zu schließen und am 1. April ihr Kassenpersonal auf den 15. zu kündigen. Für die Überbergung von Schwerkraften werden Sanatorien ausgenommen eingeräumt, jedoch wird eine strenge ärztliche Untersuchung zur Pflicht gemacht.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Der von den Gastwirten angeführte Generalkrieg der Gastwirte und Hoteliers Deutschlands wird seinen Streikanschluß der Lebensmittelgeschäfte bringen. Bereits in Großpelein haben die Lebensmittelorganisationen der Lebensmittelhändler beschlossen, eine Unterstützung des Gastwirtsstreiks abzuschließen.

Ausnahmezustand für ganz Italien. Basel, 22. Januar. Die Prelinformation berichtet aus Rom: Der Generalkrieg der Eisenbahner hat die Gefahr einer revolutionären Bewegung in Italien naherückt. Die Regierung hat die ausführende Gewalt in den Großstädten Militärführern übertragen. Die Bestimmungen, die mit der Verhängung des Belagerungszustandes verknüpft sind, sind in Kraft getreten. — Der „Corriere della Sera“ meldet: Durch ein Dekret der Regierung ist über das gesamte Gebiet des Königreichs Italien der Ausnahmezustand erklärt worden. In Rom, Mailand und Neapel sind die Regierungen gebildet, die Bahnhöfe, die Post- und sonstigen Verkehrsanstalten unter militärische Bewachung gestellt worden. Flugblätter fordern alle Arbeitergruppen und Angestellten zum Sympathiestreik auf. Auch der „Secolo“ behauptet, daß der Streik in Oberitalien politischen Einschlag hat. Kommunistische Kräfte sind sicherhaft tätig, um den schon lange geplanten Umsturz zu verwirklichen.

Ententetruppen zur Bekämpfung des Bolschewismus. Rotterdam, 22. Januar. Central-News melden, die Oberste Rat habe beschlossen, eine Truppenmacht von 200 000 Mann nach dem Kaukasus zur Bekämpfung der Bolschewisten zu entsenden. In einem „Rein Mann, kein Cent“ überlebenden Leitartikel nimmt der Londoner „Star“ gegen die Intervention in Rußland Stellung. Das Blatt nennt diese das neue Abenteuer Churchill. Die französischen Demokraten hätten den Törr in den Augen verloren, da auch sie Ruhe vor Militarismus und Imperialismus haben wollten. Die Stellung von 200 000 Mann werde daher England zufließen.

Die Erfolge der Bolschewisten in Nord- und Ostibirien. Der „Königsberger Allg. Anz.“ wird über Reval gemeldet: Es scheint festzustehen, daß die Erfolge der Bolschewisten in Westsibirien auch auf Nord- und Ostibirien einen Einfluß ausüben. Im ganzen Ura-Gebiet wurde die Kolonialregierung gestürzt. Zwischen Wladivostok und Chabarowk sollen die Truppen des Kolonialgenerals Kaimukow von allen Seiten von roten Freischaren eingeschlossen sein. In den genannten Städten erwartet man hinsichtlich der Umstürze. Ueber Irkutsk und aus Krasnojarsk wird vom 17. Januar gemeldet, daß dort Straßenkämpfe stattfinden. Die Vorhände seien von revolutionären Truppen besetzt, während die Stadt selbst in den Händen der Rotetten sei. Die Japaner verhalten sich neutral.

Sächsische Nachrichten.

Mittellungen aus unserem Vorkriegs über örtliche Vorkommnisse sind uns freis willkommen und werden honoriert.

Die Hundesperre wird in der Amtshauptmannschaft Dresden-N. bis zum 20. März 1920 verlängert, da in Dölzchen ein neuer Fall von Tollmut festgestellt ist. — Von einer böswilligen Auskreuzung über eine gewaltige Erbsünder der Kirchensteuer berichtet die Sächs. Ev. Korrespondenz. Es wird nämlich behauptet, daß wer in der Kirche bleibe, vom April 1920 an eine Kirchensteuer von jährlich 120 Mark zahlen müsse. An diesem Irrtümlichen Gerücht ist natürlich kein Wort wahr, aber die Absicht, in der es ausgebreitet wird, ist nur zu deutlich. Man will ängstliche Gemüter fesseln und sie aus der Kirche hinaustreiben. 120 Mark Kirchensteuer entsprechen in der Regel einem Einkommen von mindestens 18 000 Mark. Man braucht sich nur einmal die wirtliche Höhe der Kirchensteuer anzusehen und man wird über deren Geringsfügigkeit erstaunt sein. Der Kirchensteuer wegen braucht niemand auszutreten, die erdrücken niemand. Wer aber nur der Kirchensteuer wegen austritt, an dem verliert die Kirche wahrlich nicht viel.

In den heutigen amtlichen Teil befinden sich Beschlüsse der Amtshauptmannschaft Dresden-N. betr. Absteuernsprämie für Kartoffeln, betr. sichiggestellte Fleisch-

Ämtlicher Teil.

Sichergestellte Fleischmengen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Alttadt in der Woche vom 19.-25. Januar 1920.

Für die Woche vom 19.-25. Januar 1920 werden im amtshauptmannschaftlichen Bezirke sichergestellt:

- a) für Personen über 6 Jahre 100 g Fleischfleisch 50 g inländisches Schweinefleisch
b) für Personen unter 6 Jahre 50 g Fleischfleisch 25 g inländisches Schweinefleisch.

Als Kleinverkaufspreis wird für 100 g Fleischfleisch 0,68 M. 50 g inländisches Schweinefleisch 0,55 M. festgesetzt. Dresden-Alttadt, am 22. Januar 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Milchbelieferung

an Kinder im 5. bis 8. Lebensjahr betreffend. Vom 26. Januar 1920 ab dürfen die grauen Vollmilchsorten auch für Kinder im 5. bis 6. Lebensjahre mit 1/4 Liter Vollmilch, und die blauen Milchsorten, auf 1/4 Liter lautend, für Kinder im 7. bis 8. Lebensjahre, mit 1/4 Liter Vollmilch beliefert werden.

Dresden-Alttadt, am 22. Januar 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Ablieferungsprämien für Kartoffeln.

Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft über Ablieferungsprämien für Kartoffeln vom 20. Januar 1920 gibt irrtümlicherweise die Höhe der für den Zentner Kartoffeln zu zahlenden Ablieferungsprämie auf 2 bis 5 Pfennige an. Tatsächlich beträgt die Prämie 2 bis 5 Mark für den Zentner.

Dresden-Alttadt, den 22. Januar 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Pferdemusterung.

Auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums sind zur Durchführung des Friedensvertrags alle Stuten, die 1. Jahr alt und älter sind, zur Musterung vorzuführen.

Diese Stutenmusterung hat für die nachfolgenden Gemeinden mit Gebietsorten an den näher bezeichneten Orten stattzufinden:

- 1. Montag, den 26. Januar 1920, vormittags 8 Uhr, am Plage vor dem Rittergut Posthappel für die Gemeinden Altfranken, Birkgut, Burg, Coisub, Cunnersdorf, Duden, Döhlen, Dölzchen, Göttritz, Gompitz, Kleinnaundorf, Niedergröbzig, Niederhermsdorf, Obergroß, Oberhermsdorf, Oberpeterswitz, Pennrich, Posthappel, Rosenthal, Saalhausen, Weißig, Zurland, Zanderode und Zöllmen.
2. Dienstag, den 27. Januar 1920, vormittags 10 Uhr, auf dem Markt in Tharandt für die Gemeinden Robenan, Tharandt, Braunsdorf, Gohmannsdorf, Dorsbain, Fördergersdorf, Grillenburg, Großwitz, Heinsberg, Hartha mit Spechtshausen, Hintergersdorf, Kleinöls, Kleinölsitz, Klingenberg, Pöbau, Roborn, Obernaundorf, Pöbzdorf und Somdorf.
3. Mittwoch, den 28. Januar 1920, vormittags 8 Uhr, vor Baumgärtel Gehöft an Stehisch für die Gemeinden Brabitzsch, Bränsitz, Cosebude, Gohlis, Kemnitz, Kutzsch, Leutenitz, Merbitz, Rabsch, Obermartha, Cöberwitz, Osmowitz, Podemus, Rennerdorf und Stehisch.
4. Donnerstag, den 29. Januar 1920, vormittags 8 Uhr, vor dem Rathaus zu Niederseebitz für die Gemeinden Babitzsch, Bannwitz, Boderitz, Gausritz, Gellcrude, Goppeln, Gostritz, Kaitz, Kauscha, Kleinsiebitz, Leubnitz-Neusauna, Ludwigs, Mochwitz, Nidern, Niederseebitz, Röhmitz, Prohlitz, Rippitz, Sobrigau, Torna und Weichshausen.

Die Pferdebesitzer werden hiermit veranlaßt, alle Stuten im Alter von über 1 1/2 Jahren bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis zu 5000 Mk. an den für sie bestimmten Tagen und Orten vorzuführen.

Dresden-Alttadt, am 22. Januar 1920. Die Amtshauptmannschaft.

In Dölzchen ist am 20. Dezember ein Hund von Tollwut befallen worden. Die durch amtshauptmannschaftliche Bekanntmachung vom 15. November 1919 bis 31. Januar 1920 verhängte Hundesperre wird daher

bis zum 20. März 1920 verlängert. Dresden-Alttadt, am 22. Januar 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Fleischversorgung in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Rabenberg.

Für die Woche vom 19. bis 25. Januar 1920 erhalten auf die Reichsfleischkarten Reihe X:

- Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1-10 150 g Fleischfleisch bezw. Wurst.
Personen unter 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1-5 75 g Fleischfleisch bezw. Wurst.
Der Preis beträgt für das Pfund Fleischfleisch 3 Mk. 40 Pf. Wurst 3 Mk. 10 Pf.

bei Abgabe an die Bezorauer. Dresden-N., den 22. Januar 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Blasewitz. Montag, den 26. Januar, erhält jede Person statt Margarine in den Buttergeschäften

90 Gramm Schmalz für 152 Pf. gegen den bereits angemeldeten Abschnitt 3 der Gemeindelebensmittelliste und 28 der Landeslebensmittelliste.
Vorankmeldungen für 90 Gramm Margarine auf Abschnitt 9 der Gemeindelebensmittelliste und 1 der Landeslebensmittelliste bis 29. Januar 1920.

20 Pfund Kartoffeln bei Händlern (1 Pf. 23 Pf.) für Erwachsene.
12 Pf. Kartoffeln bei Händlern (1 Pf. 23 Pf.) für Kinder an die Inhaber der Wochenkartoffelkarten auf die Zeit vom 1. bis 31. Februar laut Kartoffelstundenliste. Ernährungsamt.

Krankenversicherungsverein „Zufriedenheit“ für Loschwitz u. Umg.

Generalversammlung: Sonntag, den 7. März 1920 nachm. 2 Uhr im Gahhaus zum „Kamerad“ in Loschwitz.

Tages-Ordnung: 1. Richtigsprechung der Jahresrechnung 1919. 2. Neuwahlen. 3. Satzungsänderung. 4. U. g. gemeines. (189) L. Schumann, Vors.

Geschäfts-Veränderung. Infolge Krankheit bin ich leider gezwungen worden, mein Geschäft feiner Fleisch- u. Wurstwaren in Weißig, Dresdner Straße 17 meinem Sohne Paul Langer zu übergeben. Ich dränge mich, allen meinen geschätzten Kunden für das Vertrauen und Wohlwollen, welches mir viele Jahre entgegengebracht wurde, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, und bitte, auch meinen Sohn freundlichst unterstützen zu wollen. Gustav Langer, Fleischermeister. Aufschließend an Vorstehendes gestatte ich mir, den geachteten Kunden von Weißig und Umgebung die Übernahme des Geschäftes meines Vaters anzuzeigen. Ich werde stets eifrig bemüht sein, nur beste und frischeste Ware zu liefern und bitte, das meinem Vater entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Mit bester Empfehlung Weißig, Dresdnerstr. 17 Paul Langer u. Frau am 21. Januar 1920. Fleischer u. Wurstwarengeschäft.

Neumann's Konzerthaus Dresden-Alttadt Schöberggasse 8. Beginn. Arthur Haas, Dresden, A. d. Kreuzkirche 2, II. i. Hause v. Seldenhauß Zschucke. Welche Krüge u. Hemden werden enger gemacht. Neuanfertigung von Oberhemden nach Maß, auch von mitgebrachten Stoffen.

1000 Mk. Belohnung! Gestohlen wurden mir in der Nacht zum 23. Januar aus meiner Garage 1 compl. mont. Contifolge mit neuer Enoleberdecke 820/120, 1 abnehm. Rad mit neuer Fiskoon-Schildecke 815/120, 1 gebrauchte Mitchelldecke 820/120, 1 geb. Barstieldecke 815/120. Personen, welche mir den Dieb namhaft machen können und zur Wiedererlangung der Gegenstände verhelfen, erhalten obige Belohnung. Tel. Loschwitz 778. Otto Rosenmüller, Autobetrieb - Oberloschwitz, Rißweg 68.

Eine Wäschemangel ist wegen Platzmangel zu verkaufen. in Schullwitz Nr. 10. (150) 3 Gässerliche zurucht sind preiswert zu vert. erst auch zu tauschen. Gut Nr. 13, Schönfeld bei Dresden. (170) Suche f. Wohnung 1. April in Dresden od. nächste Umgeb. in Höhe bis zu 2.00 M. Off. u. 179 a. d. Gelf. d. Bl. erbeten. Ein leeres heizb. Zimmer wird v. Alt. Berufschweizer p. bald gef. Off. erb. u. 198 Gelf. d. Bl. (180) Niederlage gesucht. Antr. unter „191“ Gelf. d. Bl. (180) Kleine Anzeigen Jedes Wort kostet 15 Pfennige Stellen-Angebote Ein ordentliches Hausmädchen für sofort oder später gesucht. Frauverein Blasewitz, Voglerstraße 2. (339) Ankäufe Wachhund zu kaufen gesucht. Dabermann oder deutscher Schäferhund. Dresden, Staffelhäuserstraße 7 Sout. (180) Verkäufe Ein junger Schäferhund 4 Monate alt, zu verkaufen Dresden, Dürerstr. 49. Runath (190) Geb. Fahrrad, Gummi-berreifung, zu verkaufen. Blasewitz, Eichstraße 2. (190) Theater. Sonnabend den 24. Januar: Oberhaus. Die Bohème (1/7) Schauspielhaus. Ein Puppenheim (1/7) Albert-Theater. Die sieben Raben (nachm. 3) Die Längerin (abends 7) Reform-Theater. In Baldmännleins Reich (nachmittags 3) Fatinha (abends 7) Central-Theater. Die Frau im Hemde (7) Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

Achtung! Wir zahlen die höchsten Preise für inländische und ausländische Silber- und Goldmünzen. Auch altes Gold, Silber, Platin und alte Uhren kaufen wir und zahlen die höchsten Preise. Neustädter Uhrmacher u. Goldschmiede, Dresden, Bauhner Straße 40.

Hemdenklinik Arthur Haas, Dresden, A. d. Kreuzkirche 2, II. i. Hause v. Seldenhauß Zschucke. Welche Krüge u. Hemden werden enger gemacht. Neuanfertigung von Oberhemden nach Maß, auch von mitgebrachten Stoffen. Einkauf von alt. Gold, Silber, gang. Schmud, Gemälden, antiken Möbeln, Porzellan, Gläsern, Zinn, Kupfer, Münzen usw., sowie sämtl. alt. Gegenständen. Otto Titt, Esplanade, Dresden, 11.

Das Schönste für Loschwitz, Loschwitz u. Umgebung von Otto R. Lorenz befürwortet und lobt. und verkehrt von Loschwitz nach und von Dresden, und steht täglich zwischen 3 und 5 Uhr in der Zentral-Ausspannung, Dresden, Bettinerstraße 15, zur Empfangnahme von Gästen bereit. Die bis vorm. 9 Uhr in der Filiale, Loschwitz, Dammstraße 14, Potsdorf, oder im Kleinereigenschaft von Richard Brenninger, Blasewitz, gegenüber der Post erstellten Aufträge können noch am selben Tage ausgeführt werden. Annahme von Wohnsicherungen mit Versicherung und Expedition, Transporte größerer und kleiner Ladungen, Planos, Geldschränke, Möbel etc. Verpackung, Lagerung. Hauptgeschäft: Loschwitz, Grundstraße 76/78. Fernspr. 979.

Ab Montag, den 26. Januar 1920 stellen wir wieder einen großen feischen Transport erstklass. junger Oldenburger Wagen- und Arbeitspferde in allen Größen und Farben unter jeder Garantie äußerst preiswert zum Verkauf. Hainsberg. Emil Kästner & Co.

la weiße Schmierseife schneidestoffe Ware v. Nr. 140. - einsehl. Pack ab 100 Stk. 20 Pfund Probe-Eimer 20.-. B. Wegner, Braunschweig, Alttadtmarkt 11. Geprüfte, energische Lehrer in Nachhilfe in Deutsch f. 4. Schuljahr gesucht. Off. unt. 190 Gelf. dieses Blattes. Stütze sucht Stellung 1. oder 15. Februar. Zu erfragen Loschwitz, Schillerstr. 5, II. L. (364) Suche eine Landwirtschaft v. 20-40 Hektar zu kaufen oder pachten. Werte Angeb. u. Nr. 92 Gelf. d. Bl. (170) Sofort beziehbare Einf.-Villa mit Zentralheizung und elektr. Licht, sowie 2500 qm Garten in Oberloschwitz. Bühlen für 105000 Mk. verkäuflich durch Alleg. Neubauer Dresden, Ferdinandsstr. 12. 2 Winterfenster Größe 112x150, 2 Vorlaufüren, Nr. 130x240, ohne Futter, 3 Fensterläden, Nr. 110, bill. gerüst. 2 Gänge, Blasewitz, Bahnhofstr. 5. (180)

Ihr Hut wird wieder wie neu! Bringen Sie ihn baldmöglichst zum Umpressen, Umnähen, Reinigen usw. Fritz Romeiss, Herren- und Damen-Hut-Umpresseri Nounann-Strasse 1 Dresden-Blasewitz Nounann-Strasse 1 Neueste Formen gegenüber dem Rathaus. Gediegene Aufmachung Velour-, Haar- und Filzhüte für Damen und Herren in modernsten Farben und Formen, schon von 15 Mark an.

Verkaufsstelle der Landes-Blindenanstalt mit Blindenwerkstätte, Dresden-A., An der Falkenbrücke empfiehlt Bücher und Zeitschriften, Koch- und Flechtwaren für Haus und Gewerbe. Annahme von Stuhlflechterarbeiten, Reparaturen u. Reparaturen. Nachweis von Klavierstimmern. Die Gründungsbesitzer werden lediglich zur Unterstützung hilfsbedürftiger Blinden verwendet. Telefon 11 009

Sofort beziehbare Einf.-Villa mit Zentralheizung und elektr. Licht, sowie 2500 qm Garten in Oberloschwitz. Bühlen für 105000 Mk. verkäuflich durch Alleg. Neubauer Dresden, Ferdinandsstr. 12. 2 Winterfenster Größe 112x150, 2 Vorlaufüren, Nr. 130x240, ohne Futter, 3 Fensterläden, Nr. 110, bill. gerüst. 2 Gänge, Blasewitz, Bahnhofstr. 5. (180)

Fräulein, das äußerst tüchtige in Stenographie ist, für Schreibmaschine sofort Nähe Kurhaus Blasewitz gesucht. Offerten unter 198 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Café Antwerpen Königsbrückerstraße 32 Dresden-N. Eingang Louisestraße ff. Bohemische Diverse Sorten Alkoholische Getränke Elektrisches Piano Angenehmer Aufenthalt in nächster Nähe des Thalia-Theaters 249 Kochungsbedarf Ludwig Lefarth u. Frau.